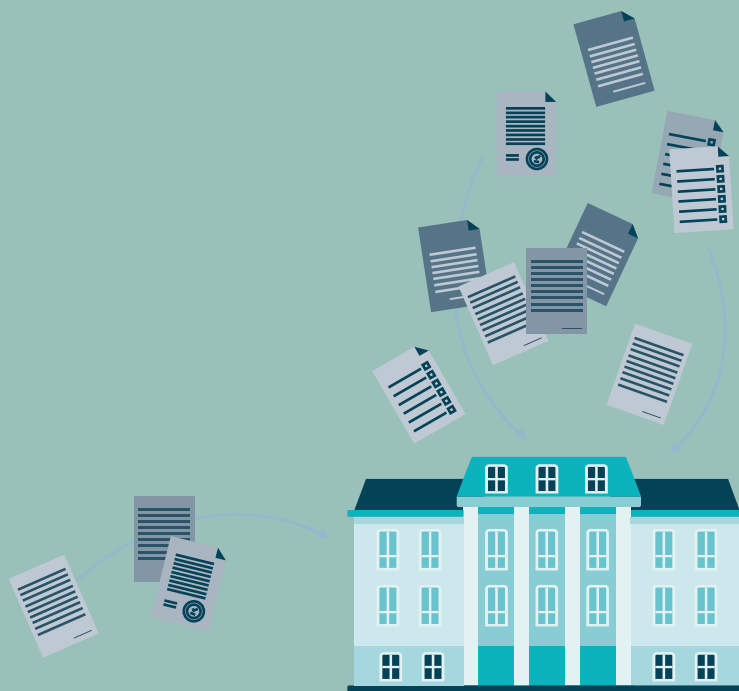


Wie lange wird der Handelsstreit dauern? Deutschland sucht Lösungen



3 Verzögerungen im Zollstreit im Vorfeld des Supreme-Court-Urteils

Trotz juristischen Dämpfers: Trump will seine Zollpolitik durchsetzen

4 China reagiert entspannt auf US-Drohgebärden

Peking hält im Wissen um seine Dominanz an der harschen Rohstoffpolitik fest

TOP-THEMA

5 Europas Wirtschaft sitzt zwischen den globalen Stühlen

Mangellage bei vielen Rohstoffen fordert von Europa innovative Lösungen

8 Bundesregierung sucht nach Auswegen aus der Wirtschaftskrise

Wirksame Reformen fehlen, Zustimmung sinkt – in Bevölkerung und Wirtschaft



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Supreme Court soll über US-Zollpolitik entscheiden

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nachdem ein Berufungsgericht etliche vom US-Präsidenten verhängte US-Zölle für unzulässig erklärt hatte, stand fest, dass sich der Oberste Gerichtshof mit der Sachlage befassen muss. Wann dies passieren würde, blieb zunächst offen. Anfang September hatte das Justizministerium die höchstrichterliche Prüfung beantragt. Inzwischen steht fest: Anfang November soll eine mündliche Verhandlung vor dem Supreme Court beginnen. Bis dahin sollen die festgelegten Zölle weiterhin gelten. Ungeachtet des Ausgangs der Anhörung und eines dann abschließenden Richterspruchs nehmen die internationalen Unsicherheiten im Handelskrieg durch die unklare Situation in den USA nochmals zu. Die US-Regierung beruft sich auf die neuen Handelsabkommen und beharrt auf der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen.

Mit besten Grüßen,
Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3

- ☐ Zollpolitik Trumps steht auf rechtlichem Prüfstand

NEWS 4

- ☐ China lässt sich von Trumps Zollpolitik nicht unter Druck setzen

TOP-THEMA 5

- ☐ Washington und Peking machen Europa zum Spielball im Zollstreit

KURZMELDUNGEN 8

- ☐ Deutsche Wirtschaft muss an Europas Spitze zurückkehren



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Wie lange wird der Handelsstreit dauern? Deutschland sucht Lösungen“ liegt der Ausgabe 11/2025 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Die Weltwirtschaft im Wartemodus vor der Supreme-Court-Entscheidung

Volkswirtschaften weltweit streben klare Handelsverhältnisse an. Deutlich wurde dies durch das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Die Vereinbarungen sind umstritten, schienen aus Sicht der EU-Kommission aber die beste Lösung für die nahe Zukunft zu sein. Das eingangs thematisierte juristische Dilemma in den Vereinigten Staaten zeigt, wie unsicher die Situation nach wie vor ist. Während Europa auf das Urteil des Supreme Courts warten muss, setzten die Vereinigten Staaten Gespräche mit anderen Partnern wie Indien und China fort. Es geht um viel für alle Beteiligten. Das Ziel ist die schnelle Beseitigung momentaner ökonomischer Unwägbarkeiten.

Widerspruch zwischen politischer und wirtschaftlicher Realität

Die Einschätzungen rund um die Vereinbarungen fallen unterschiedlich aus. Bundeskanzler Merz sah beispielsweise die Gespräche mit den USA bezüglich Aluminium und Stahl trotz aller Schwierigkeiten auf einem guten Weg. Eine Einigung hinsichtlich der wichtigen Rohstoffe sei lediglich eine Frage der Zeit. Das Beharren der Regierung Trump auf hohen Zöllen auf die besagten Werte sprach Mitte September eine andere Sprache. Bertram Kawlath, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, hatte zuvor im Rahmen des Maschinenbautags der Vereinigung Kritik angemeldet. Deutsche Unternehmen würden eben nicht 15 %, sondern weiterhin Einfuhrzölle in Höhe von maximal 50 % auf Exporte in die USA zahlen. Das aktuelle Zollabkommen biete explizit nicht die Sicherheit und Stabilität, auf die Maschinenbauunternehmen aus Europa dieser Tage so sehr angewiesen seien. Das gilt freilich auch für andere Branchen.

Die beiden Seiten der Handelskrise aus Sicht der USA

Die US-Regierung übersieht ihrerseits aus Expertensicht die Kehrseite und die negativen Aspekte des Handelsstreits. In der letzten Normalausgabe kam bereits eine Studie des IW-Instituts aus Köln zur Sprache. Das Institut gilt allgemein als arbeitgebernah und hat sich mit der Frage nach der Abhängigkeit der USA von internationalen Handelspartnern befasst. Das Ergebnis fiel durchaus unerwartet aus: Bei 3.120 von insgesamt 17.800 betrachteten Warengruppen zeichnet die EU zu mehr als 50 % für die US-Einfuhren verantwortlich, während es die Volksrepublik China in 2.925 Warengruppen im Analysezeitraum auf einen Importanteil von mindestens 50 % brachte. Die Ursache dieser Entwicklung sehen die Forscher des renommierten IW im steten Abbau von Lieferpartnerschaften zwischen den USA und China, durch den die Vereinigten Staaten seit Jahren zunehmend unabhängiger vom größten Mitbewerber werden wollen.

Großbritannien wird zum Bündnispartner auf Augenhöhe

Das Wissen um diese Abhängigkeit von Europa hätte der EU-Kommission im Vorfeld des Handelsabkommens fraglos zu

besseren Chancen auf einen fairen Deal für beide Seiten verholfen. Derweil beschleicht manchen Beobachter das Gefühl, die Verhandlungen mit Europa könnten für Donald Trump eine Art Vorbereitung auf andere, wohlmeinendere Gespräche über Zölle gewesen sein. So betonten der US-Präsident und sein britischer Kollege, Premierminister Keir Starmer, im September erneut das besondere Verhältnis beider Länder. Großbritannien wurde zur Jahresmitte bereits von verschiedenen Zollerhöhungen der USA ausgenommen. Zuvor galten in einigen Bereichen ohnehin geringere Zölle als für viele Produkte aus der EU. Nun soll ergänzend ein US-UK-Investitionspaket mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet 177 Milliarden € für den Partner realisiert werden. Selbst bei den Streitigkeiten mit Indien und China zeichnete sich nach neuen Handelsgesprächen bzw. vorbereitenden Kontaktaufnahmen eine gewisse Entspannung ab.

In Neuverhandlungen könnte Europa seine Stärken geltend machen

Aus europäischer Sicht könnte man von der kleinen Hoffnung auf eine Entscheidung des obersten US-Gerichts im Sinne der EU sprechen. Der Supreme Court entschied sich für eine erste Anhörung zur globalen Zollpolitik Trumps am 5. November. Die mündliche Verhandlung soll zeigen, ob der US-Präsident tatsächlich seine Befugnisse überschritten hat. Gleichzeitig sind weitere Klagen einzelner Bundesstaaten und Unternehmen anhängig, die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Zölle haben und Nachteile für die US-Wirtschaft sehen. Sollte der Oberste Gerichtshof wider Erwarten Trump die Befugnis absprechen – die meisten Experten gehen derzeit eher von einer Bestätigung der Position Trumps aus –, wäre dies eine herbe Niederlage für die US-Regierung. Die EU (und andere Länder) könnte dann auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen drängen.

Ob die Europäische Union die eigene Relevanz als US-Importpartner Nr. 1 ausspielen könnte und würde, bleibt die große Frage. Die Ankündigungen des Weißen Hauses, im Ernstfall andere Rechtsmittel zur Durchsetzung der Zollpläne zu bemühen, spricht gegen die Aussichten auf europafreundliche Nachbesserungen.

China demonstriert erneut seine Macht am Rohstoffmarkt

Chinas Exportpolitik wird nicht erst seit diesem Jahr ein immer größeres Problem für die Weltwirtschaft. Peking legt seinen Schwerpunkt seit Jahren auf die Versorgung der heimischen Industrie und erschwert dadurch zunehmend die Marktbedingungen für den internationalen Einkauf. Natürlich ist diese Entwicklung ebenfalls Ziel der US-Restriktionen. Parallel zu Verhandlungen mit den USA über ein neues Handelsabkommen spielte die Volksrepublik jetzt erneut seine Stärke als führender Versorger bei vielen wichtigen Rohstoffen aus. Ein Beispiel für die künstliche Verknappung der Ausfuhren: das Halbmetall Germanium. Ein schwerer Rückschlag für die US-Rüstungsindustrie.

Germanium aus China ist augenblicklich alternativlos

Rohstoffe gelten seit jeher aus gutem Grund als taktische Waffe. China ist nicht das erste Land, das von seinen natürlichen Ressourcen Gebrauch macht, um Druck auf andere Staaten und Wirtschaftsräume auszuüben. Es ist auch nicht das erste Mal, dass die chinesische Regierung ihre Sonderstellung im globalen Wettbewerb nutzt. Die Auswirkungen sinkender Ausfuhraten sind im Fall Chinas heute hingegen noch ungleich schwerwiegender als im Umfeld früherer Krisen, wie die Situation beim Metall Germanium zeigt. Aufgrund seiner guten Eigenschaften als Halbleiter ist der Rohstoff wichtiger Bestandteil in Bereichen wie der Detekorteknologie oder bei der Herstellung spezieller Kameras. Ein deutliches Nachfrageplus ergibt sich zudem aus dem Wachstum im Informationssektor sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien wie Solarzellen.

Unverzichtbar ist Germanium beispielsweise bei der Produktion von Glasfaserkabeln. Senkt China seine Exporte, fehlt es dem Markt an alternativen Bezugsquellen. Denn das Land bringt es auf einen Anteil von etwa 70 % an der Weltproduktion. Auf den weiteren Plätzen liegen Russland und die USA.

Medienberichte: US-Unternehmen beklagen extremen Mangel

Dies verdeutlicht eindrucksvoll, weshalb die seit 2023 geltende Drosselung der Exporte Chinas gerade die Vereinigten Staaten hart getroffen hat. Aus eigener Kraft kann das Land seinen Germanium-Bedarf nicht decken. Explizit haben die Maßnahmen Amerikas Waffenherstellern zugesetzt, die zu den größten Einkäufern am Markt gehören. Drohnen, Kamerasysteme für Kampfflotsen ... die Liste der Anwendungsfälle des Rohstoffs im Bereich der Militärgüter ist lang. Medien berichteten kürzlich unter Berufung auf Insider von einem seit 2 Jahren nahezu „total versiegten“ chinesischen Markt. Seit der Einführung höherer US-Zölle sprechen Experten nicht ohne Grund von der „Rückkehr der Geoökonomie“. Die Regierung Trump hatte wegen der Unterstützung der russischen Kriegswirtschaft auch und gerade Indien und China mit höheren Sonderzöllen im Visier. Aus chinesischer Sicht sind die Beschränkungen der Ausfuhren eine logische Antwort auf die US-Zollpolitik gewesen. Und die Regierung scheint sehr wohl bereit, die Zügel zukünftig noch stärker anzuziehen.



Germanium gab 2025 nach, liegt aber auf einem belastend hohen Niveau (Quelle: Tradingeconomics).

Die Spannungen zwischen China und den USA treffen alle Marktteilnehmer

Während die US-Rüstungsbranche etwa in Südkorea neue Partner sucht und findet, ist es für die EU der Critical Raw Material Act, der die Versorgungslage verbessern soll. Nicht nur bei Germanium. Strategische Schlüsselemente sollen künftig häufiger aus eigener Produktion stammen. Bei Lithium bedeutet dies, dass 10 % des Bedarfs in Europa gewonnen werden sollen. 40 % sollen in der Union veredelt werden, weitere 25 % der eingesetzten Metalle sollen mittels Recycling in den Heimatmarkt zurückgeführt werden. Belgien gilt derzeit als europäischer Vorreiter beim Recyceln von Germanium-Altbeständen. Ob die genannten Zielwerte ausreichen, um Europa unabhängiger zu machen? Hier wird es schlussendlich darum gehen, wie die großen Player China und die USA in der andauernden Krise miteinander umgehen. Dass Trump zeitnah einen milderen Zollkurs verfolgen oder von Sanktionen Abstand nehmen wird, scheint unwahrscheinlich. Auch China ist nicht für spontane Deeskalations-Entscheidungen bekannt.

Anfang Oktober kündigte Trump eine weitere Grenzabgabe an. Ab November sollen für ausländische Lkw-Hersteller Zölle von 25 % gelten. Zunächst sollen in erster Linie mexikanische Fahrzeuge betroffen sein. Trotz negativer Reaktion der US-Handelskammer auf das Vorhaben, verbündete Staaten noch stärker zu belasten, sind Ausweitungen auf andere Länder ein offensichtliches Risiko.

TOP-THEMA

Rohstoffmangel bedroht die Produktion der europäischen Industrie

Vor dem im vorherigen Kapitel angesprochenen Preisdruck durch chinesische Exportkontrollen warnen selbstredend nicht nur Vertreter der US-Rüstungsindustrie. Die Sorgen in Europa und damit in Deutschland wachsen im gleichen Maße. Die deutsche Rüstungsbranche teilt das Schicksal der Sparte in den USA. Sie leidet unter hohen Ausgaben und bei vielen Rohstoffen unter fehlenden Angeboten aus dem Ausland. Die EU-Handelskammer bezeichnet die zunehmenden Produktionsstopps infolge chinesischer Exportkontrollen als Wachstumsrisiko. Bereits im September 2025 könnte China in der Union für bis zu 50 Fertigungsstopps gesorgt haben – und die Zahlen könnten bis Jahresende nochmals steigen.



Der Kampf um chinesische Exportlizenzen spitzt sich zu

Kernthema der Rohstoff-Beziehungen zwischen China und Europa bleiben Seltene Erden. In diesem Bereich wird der chinesische Einfluss auf den Rohstoffmarkt am offensichtlichsten. Schrittweise hat China über Jahre die Ausfuhrquoten gesenkt. Die Vereinbarungen zwischen Peking und Brüssel hatten eine andere Handelspolitik im Blick. Ziel in der Vergangenheit war es, europäische Unternehmen zu unterstützen und durchgehende Lieferungen bedeutender Rohstoffe sicherzustellen. Die EU-Handelskammer kommt in Analysen zu anderen Ergebnissen. Der Mechanismus, so die Experten, greift nicht in der geplanten Weise. Die Handelskammer veröffentlichte Details zu 141 Lizenzen für Rohstoffexporte zu Seltenen Erden aus China für die EU: Genehmigungen habe es für 19 Anträge gegeben. Bei 121 Anträgen mit dem Vermerk „dringend“ warte man noch immer auf eine endgültige Entscheidung aus Fernost.

Europas Wachstumshoffnung hängt am Tropf Chinas

Welche Branchen im Einzelnen vorrangig betroffen waren, teilte die Einrichtung nicht mit. Für die Einsicht der generellen wirtschaftlichen Problematik sind exakte Zahlen zu den betroffenen Mitgliedsländern und Firmen eher unerheblich. Die reine Tatsache ist allein bedenklich genug. Aussagekräftiger ist das Statement des Kammer-Präsidenten Jens Eskelund dahingehend, dass die Vereinbarungen mit China in erster Linie punktuell bei einigen wenigen Unternehmen Wirkung zeigen und für Entlastungen sorgen.

Was erkennbar wird: Die von der EU-Kommission zugesicherten Mechanismen zur Stabilisierung – dazu gehören Produkte wie Sensoren oder Elektromotoren – leisten keinen so großen Bei-

trag zu Europas Wirtschaftsleistung, wie ursprünglich angedacht. Kommissionspräsidentin von der Leyen bleibt bei gefertigten Magneten wie auch diversen Rohstoffen eine richtungsweisende Lösung des Versorgungsproblems schuldig.



Europa braucht China, um die Wachstumsziele zu erreichen (Quelle: Gino Crescoli/Pixabay).

Dieser Schwierigkeit steht Chinas Position als Hauptproduzent vieler Rohstoffe gegenüber. Europas Hebel in Verhandlungen fällt kleiner aus, als es die Kommission wahrhaben möchte. Der Druck auf EU-Unternehmen lässt sich im internationalen Vergleich gleichwohl nicht nur durch die komplexen Bedingungen bei der Vermittlung von Aufträgen aus China, sondern auch durch die allgegenwärtigen Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorzeugnissen erklären.

Viele Rohstoffe repräsentieren die asiatische Vormacht

Von Seltenen Erden und Germanium abgesehen gibt es weitere Rohstoffe, bei denen Versorgungssorgen des Westens berechtigt

sind. Ein Quasi-Monopol Chinas zeigt sich z. B. auch beim Rohstoff Gallium, dessen Exporte Peking konsequent verknappt, um seine Stellung am Markt zu unterstreichen.

Etliche Rohstoffe sind von Chinas Export-Einschränkungen belastet

Als Nebenprodukt wird der Rohstoff vorrangig beim Abbau von Aluminium oder Bauxit verfügbar. Auch hier hinterlassen chinesische Beschränkungen für Ausfuhren schon seit rund 2 Jahren Spuren im Einkauf. Eigentlich hatte China die Regularien für Exporte Seltener Erden und anderer Werte im Frühjahr gelockert. Der Knackpunkt ist, dass Peking sehr genau auf die Verwendungszwecke achtet. Bei Lieferungen für militärische Zwecke gelten erhebliche Beschränkungen. Die Deutungshoheit, wann eine allgemeine industrielle Verwendung im Einkauf gegeben ist und wo möglicherweise ein militärischer Einsatz zu erwarten ist, liegt bei den zuständigen chinesischen Behörden. Die Folge sind seit Monaten sehr enge Grenzen für Exporte von Gallium.

Peking spielt seine Stärken ohne Rücksicht auf Partner aus

Die Experten des Frankfurter Rohstoffhändlers TRADIUM attestierten im Sommer ein „strategisches Defizit auf den Weltmärkten“ bei Gallium und Germanium. Trotz ausreichender Produktionsraten und Reserven gebe es eine angespannte Versorgungslage. Die Volksrepublik halte genau genommen bewusst Material zurück. Das Land habe wie bei Seltenen Erden vorsätzlich ein absolutes Monopol für seine Lieferanten geschaffen, wie TRADIUM-Rohstoffexperte Jan Niese zu Protokoll gab. Ähnlich sah es vor einiger Zeit das Center for Strategic and International Studies. Laut einem Bericht des CSIS nutze China seine Bestände mit Nachdruck, um internationale Abhängigkeiten zu schaffen und diese als Druckmittel auszuspielen. Ziel der strengen Exportregeln sind insbesondere die USA; als Waffe im Handelskrieg treffe das Exportverbot für Gallium aber zwangsläufig auch Europa und andere Regionen.



Der Preis für Gallium kämpfte im September um das Ende seiner Seitwärtsphase (Quelle: Tradingeconomics).

Der Markt kann die riesige Nachfrage nach Gallium nicht bedienen

Faktisch stelle Chinas Kontrolle bei der Galliumproduktion gar ein weitaus höheres Sicherheitsrisiko für die USA dar, als von Analysten bisher angemahnt worden war. Bei etwa 85 % aller Lieferketten mit Bezug zum Verteidigungssektor sei mindestens ein chinesischer Anbieter involviert. Bis zu 200 Tonnen Gallium würden die Vereinigten Staaten jährlich zur Aufrechterhaltung ihrer Militärproduktion benötigen. Stimmen diese Zahlen, entspricht der tatsächliche Bedarf etwa dem 10-Fachen der offiziell bestätigten Werte. Die begrenzten Exporte lassen sich letztlich als weiteres Instrument zur indirekten politischen Einflussnahme in Richtung USA interpretieren. Analysten verweisen auf die Möglichkeiten Chinas zur Manipulation der Marktpreise und im nächsten Schritt zur Beeinflussung globaler Konflikte. Nachvollziehbar ist Europa um den Aufbau eigener Produktionsstrecken bemüht, bei denen es auch um Gallium geht.

Silber wird zu einem dauerhaften Faktor der Preisplanung

Abseits der eng mit China verknüpften Produkte gibt es andere Rohstoffe, bei denen der Preisdruck stetig zunimmt. Erwähnung verdient das Edelmetall Silber, dessen Kurs dank mehrerer Gründe an seinem Höhenflug festhält. Basis neuer Rekorde ist zum einen die grundsätzlich hohe Nachfrage. Zeitgleich ergibt sich die ungewohnte Preisdynamik aus der Knappheit auf dem globalen Markt und den neuesten Zinssenkungen in den USA.



In der Spitze lag der Silberpreis im September bei über 44 US-Dollar (Quelle: finanzen.net).

Rücksetzer ließen den Kurs zum Redaktionsschluss kurzfristig unter 44 US-Dollar sinken. Viel mehr als ein vorübergehender Trend dürfte dieser Verlauf aber nicht gewesen sein. Die aktuellen Widerstands- und Unterstützungslinien im Kursdiagramm des Edelmetalls sprachen im Referenzmonat eher für nochmalige Ausbrüche auf neue Höchststände in naher Zukunft. Selbst Pläne des US-Präsidenten für Kürzungen bei erneuerbaren Energien, die derzeit Gerichte beschäftigen, dürften den zugrunde liegenden Preistrend eher nicht stoppen.

Bisher keine Kursexplosion durch die US-Energiepolitik

Erneuerbare Energien bleiben ein Kernaspekt für Trends auf dem Rohstoffmarkt. Weltweit klettern die Investitionen nach wie vor auf ein Rekordhoch nach dem anderen. Das führt automatisch dazu, dass für die Branche entscheidende Rohstoffe dem Trend folgen. Der Datendienst Bloomberg New Energy Finance berechnete für die ersten 6 Monate 2025 einen Zufluss von gut 386 Milliarden US-Dollar in den Markt für Projekte aus den Sparten Bioenergie, Geothermie und Windkraft. Dies sind 10 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die USA unter Präsident Trump verabschieden sich seit Monaten schrittweise von indirekten Förderungen oder eigenen Projekten, Europa und China bleiben ihrem Kurs treu. Das laufende Jahr war das erste seit 2016, in dem die USA nicht in den Top 5 der Länder mit Aktivitäten im Bereich der Windkraft lagen.

Donald Trump setzt seinen Kurs der Rückkehr zu fossiler Energie fort. Das bestimmende Motto des US-Präsidenten bleibt „Drill baby, drill“, zur Freude der entsprechenden Lobby im Land. Die Auswirkungen der US-Politik auf die Ölpreise fielen jedoch zuletzt weniger stark aus als befürchtet.



Der Kurs der US-Ölsorte hadert mit geopolitischen Spannungen (Quelle: finanzen.net).

Der Ölmarkt bereitet sich auf die kalte Jahreszeit vor

Zwar gab es seit dem Frühjahresanstieg bei der Sorte WTI wiederholt größere Gewinne. Der übergeordnete Trend war aber lange negativ. Das für die nächsten Monate erwartete Überangebot gab den Ton an. Weitere Sanktionen gegen Russland könnten gleichzeitig Anbietern Vorteile verschaffen. Die Äußerungen im NATO-Sicherheitsrat wegen russischer Verletzungen des Luftraums der NATO-Mitglieder waren ebenfalls ein Hinweis auf eine weitere Verschärfung der Beziehungen zum Westen. Noch war von solchen Auswirkungen Ende September nur wenig zu spüren. Ausschläge an den internationalen Warenterminmärkten werden sich ohnehin durch die bevorstehende Heizperiode ergeben. Die Kontrakte für die europäische Sorte Brent standen bei Redaktionsschluss knapp unter 70 US-Dollar, also etwa auf dem Niveau von Ende Juli.



EINKÄUFER SOLLTEN SICH AUF HÖHERE ENERGIEPREISE EINSTELLEN

Es ist kein Geheimnis, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in enger Verbindung zu den Bedingungen auf dem Energiemarkt steht. Die Bundesregierung hatte im Spätsommer verschiedene Gesetzentwürfe auf den Weg gebracht, die sinkende Energiepreise für die Wirtschaft garantieren sollen. Weiterhin will der Bund 2026 6,5 Milliarden € in Form von Zuschüssen im Bereich der Netzentgelte bereitstellen. Die Frage, ob die Entlastungen ausreichen, um die Nachteile gegenüber der Auslands-Konkurrenz aufzufangen, bleibt unbeantwortet.

Die USA rufen Europa zum endgültigen Abschied von russischer Energie auf

Zunehmende Aufschläge im globalen Welthandel haben sich Ende September nicht nur bei Rohöl gezeigt. Die Kurse für Heizöl legten ebenfalls zu. Gleiches galt für Gasöl. Inwieweit der gegenüber dem US-Dollar leicht gefallene Eurokurs für eine Beschleunigung der Aufwärtskorrektur sorgen kann, muss sich in der ersten Phase des letzten Quartals zeigen. Was hingegen sicher ist: Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine bleibt weiterhin zentrales Thema für die Teilnehmer am Ölmarkt. Die USA lassen nichts unver sucht, russische Energielieferungen innerhalb Europas zu stoppen, zumindest aber deutlich zu senken. Donald Trump hatte während seiner Rede vor den Vereinigten Staaten nochmals Kritik an jenen NATO-Ländern geäußert, die noch immer aus Russland importieren. Die inzwischen auf den niedrigsten Stand seit Januar gefallen Ölbestände der Vereinigten Staaten fanden während Trumps Rundumschlags in New York keine Erwähnung.



JETZT BÜNDNISSE SCHMIEDEN, UM PREISRISIKEN MITTELFRISTIG EINZUGRENZEN

Teure Edelmetalle stellen viele Industriesparten vor Herausforderungen. Die Preistrends bei Gold & Co. sind aber nicht das einzige Problem, mit dem viele Branchen zu kämpfen haben. Sowohl national als auch international sind unkalkulierbare Bewegungen der Energiepreise eine Gefahr für die Planungssicherheit. Bei vielen Industriemetallen ist inzwischen von einem Anstieg auszugehen. Einkäufer sollten sich nicht allein auf mögliche staatliche Entlastungen verlassen. Mehr denn je können neue langfristige Liefervereinbarungen bei der Kostenbegrenzung helfen.

KURZMELDUNGEN

Der Bundesregierung muss endlich der große Wurf gelingen

Mit Spannung waren die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erwartet worden. Beobachter hatten im Vorfeld ein Erstarken der AfD in Aussicht gestellt. In der Tat konnte die Partei vielerorts deutlich zulegen. Zumindest aus Sicht von CDU/CSU und SPD ist das schlimmstmögliche Szenario ausgeblieben. Die Erwartungen an die Bundesregierung für das Schlussquartal 2025 sind aber hoch. Umfragen zeigen, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung bisher eher unzufrieden mit den bisherigen Ergebnissen der Regierungsarbeit sind. Dies bestätigten einmal mehr die Veränderungen im Beliebtheitsranking. So rutschte der Bundeskanzler auf der Skala des INSA-Instituts weiter ab und lag Ende September nur noch auf Rang 18. Streitthemen der Regierung sind neben Steuern vor allem auch mögliche Einschnitte im Sozialsystem.

AfD profitiert von der wirtschaftlichen Schieflage

Die letzte INSA-Sonntagsfrage aus dem September zeigte noch etwas anderes, was den Unmut seit Merz' Amtsantritt aufzeigte: Zum ersten Mal belegte die AfD deutschlandweit vor den Schwesterparteien CDU und CSU Platz 1. Die Brisanz der Umfrage-Resultate wird offensichtlich, führt man sich den ursprünglich geplanten Termin der Bundestagswahlen, den 28.09.2025, vor Augen. Hätten die Wahlen planmäßig stattgefunden und Wählerinnen und Wähler gemäß der Umfrage abgestimmt: Die Verhältnisse im Bundestag wären noch ungleich problematischer. Weder ein Bündnis aus Union und SPD noch eine rot-rot-grüne Koalition wäre unter diesen Bedingungen mehrheitsfähig gewesen. Allein ein Zusammenschluss von Union und AfD hätte die nötige Mehrheit erreicht. Um diesen Trend im Land zu brechen, muss Bundeskanzler Friedrich Merz in den kommenden Monaten dringend Erfolge vorweisen. Seinem Amtsvorgänger Scholz war dies mit bekannten Folgen nicht gelungen.

Verbände haben eindeutige Forderungen an die Koalition

Nicht nur der sinkende Rückhalt aus der Bevölkerung verlangt Regierungserfolge. Der Schlingerkurs der Koalition sorgt dafür, dass auch der deutschen Wirtschaft allmählich der sprichwörtliche Geduldsfaden reißt. Seit Aufnahme der Geschäfte konnte sich der wirtschaftsnahe Kanzler der Unterstützung durch Unternehmen und Spitzenmanager sicher sein. Dieser Vorschuss ist inzwischen weitgehend aufgebraucht. Statt Zuversicht und Hoffnung herrscht nun Ernüchterung vor. Im Rahmen eines Treffens im Kanzleramt forderten die Chefs führender Wirtschaftsverbände vom Bundesverband der Deutschen Industrie über die Deutsche Industrie- und Handelskammer bis zum Zentralverband des Deutschen Handwerks endlich Entscheidungen. Gemeint waren die eingangs erwähnten Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen sowie ein schnellerer Bürokratieabbau. Eine weitere Forderung der Verbände zielte auf den fehlenden Widerstand der Bundesregierung gegen EU-Auflagen ab, die von der Wirtschaft vielfach als überzogen und ein Hemmnis für Deutschlands Wachstum wahrgenommen werden. Der Spielraum, Maßnahmen gegen den Willen der EU zu ergreifen, ist eher überschaubar.

Deutsche Wirtschaft verliert weiter den globalen Anschluss

Aus der Luft gegriffen scheint solche Kritik nicht. Die Industriestaaten-Organisation OECD korrigierte beispielsweise kürzlich nochmals ihre Wachstumsprognose für Deutschland für das Jahr 2025. Unter den momentanen Vorzeichen werde die deutsche Wirtschaft um nur 0,3 % wachsen. Zuvor hatte die Organisation ein Plus von 0,4 % prognostiziert. Zum selben Zeitpunkt wurde die Erwartung für die Weltwirtschaft um 0,3 Prozentpunkte auf 3,2 % nach oben angepasst. 2026 dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt zwar um 1,1 % steigen. Aber auch gegenüber dem Europatrend schneidet Deutschland wegen der anhaltenden Konjunkturflaute schlecht ab. Die Prognose für die Eurozone geht für 2025 von einem Wachstum in Höhe von 1,2 % (+ 0,2 Prozentpunkte) aus.

Merz verspricht Milliarden-Ausgaben und Reformen

Europas Vorzeige-Ökonomie, so der Kanzler während seiner Rede im Rahmen der aktuellsten Generaldebatte, soll durch umfangreiche Reformvorhaben endlich auf Kurs gebracht werden. Als eine wichtige Sofortmaßnahme nannte Merz die Milliardenhilfen für Verteidigung und Infrastrukturprogramme. Senkungen der Umsatzsteuer für die Gastronomie und der Stromsteuer für das so wichtige produzierende Gewerbe im Land sollen ihrerseits einen Beitrag für den Aufschwung leisten. Eine Anhebung der Pendlerpauschale und ein Absenken der Netzentgelte sollen als Anreiz bzw. Entlastung für eine Besserung der Wirtschaftslage sorgen. Wie gewohnt, versprach der Kanzler einen Abbau der Bürokratie. Wie nötig dieser ist, zeigte eine neue KfW-Studie: Die Erfüllung bürokratischer Vorgaben koste den Mittelstand jährlich etwa 61 Milliarden €. Geld, das Unternehmen für dringende Investitionen fehlt. Zeigen muss sich, ob und wie schnell die Regierung den Reformstau in diesem Bereich in den Griff bekommen kann.

Die Lage bleibt ernst, denn die Wirtschaft hat genug mit der Bewältigung des enormen Wettbewerbs um teure Rohstoffe und generell schwierige Lieferbedingungen an den Märkten zu tun. Die Senkung hoher Energie- und Bürokratiekosten wäre ein erster Entlastungsschritt.